

Nassauische Neue Presse – 24.03.15

Joachim Heidersdorf

Asylbewerber im Landkreis - 1500 weitere Flüchtlinge

Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich mit wichtigen aktuellen Fragen der Kreispolitik beschäftigt – allen voran der Zustrom zusätzlicher Asylbewerber.

Limburg-Weilburg. Die Unterbringung von Flüchtlingen wird den Landkreis auch in diesem Jahr vor eine große Herausforderung stellen. 2015 kommen voraussichtlich rund 1500 weitere Asylbewerber. Diese Zahl nannte Landrat Manfred Michel (CDU) auf der Frühjahrsklausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion. „Wir sind rund um die Uhr auf der Suche nach geeigneten Unterkünften“, sagte er gestern auf Nachfrage der NNP.

Der Kreis sei in diesem Zusammenhang für alle Optionen dankbar. „Wir mieten, kaufen, sanieren und betreiben“, so der Landrat.



Derzeit leben rund 800 Flüchtlinge im Landkreis Limburg-Weilburg.

Nach Angaben von Pressesprecher Christian Wendel unterstrichen die CDU-Abgeordneten ihre Solidarität mit den Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden und daher in einem anderen Land Zuflucht suchen. Dabei machten sie deutlich, dass die Abgrenzung zu Wirtschaftsflüchtlingen wichtig ist. „Die Solidarität gilt in erster Linie denjenigen, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen, um Sicherheit zu finden“, sagte Wendel.

Rein materielle Gründe dürften dagegen aus Sicht der Christdemokraten nicht ausreichen, um das Anrecht auf Asyl in Deutschland geltend zu machen. „Dies sind wir auch unseren Mitbürgern schuldig, die sich vielfach vorbildlich für Flüchtlinge einsetzen, aber auch Ängste und Fragen haben, die ernst genommen werden müssen“, sagte der Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Joachim Veyhelmann.

Schwieriger Finanzausgleich

Die CDU-Vertreter beschäftigten sich außerdem mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Für das hessische Finanzministerium berichteten Mirjam Sanner und Michael Hohmann über das Urteil des Staatsgerichtshofes, wonach die Kommunen in diesem Rahmen eine „auskömmliche und angemessene Finanzausstattung“ erhalten sollen. Für die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse seien rund 3000 Pflichtaufgaben ermittelt worden, die somit die Grundlage bildeten. Sanner und Hohmann erläuterten, dass der Wegfall der besonderen Finanz- und Investitionszuweisungen zu einer wesentlich höheren Flexibilität hinsichtlich der Verwendung der Mittel führt, die im bisherigen Verfahren einer konkreten Zweckbindung unterlagen.

Der Landtagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende Andreas Hofmeister betonte die Komplexität des Verfahrens. „Der Landkreis mit seinen Kommunen wird in der neuen KFA-

Systematik nicht zu den Verlierern gehören. Einige unserer Städte und Gemeinden dürfen perspektivisch auch von einer erhöhten Zuweisung ausgehen“, sagte Hofmeister.(hei)